



GRÜN-alternativ Meerbusch

An den Vorsitzenden des Mobilitätsausschusses
Felix Nieberding
Ratsbüro
40667 Meerbusch

Meerbusch, 11.11.2023

**Änderungsantrag Haushaltsentwurf 2024
Mobilitätsausschuss
am 15. November 2023**

Antragssteller: GRÜN-alternativ Meerbusch

Änderung für Produkt (bitte ankreuzen)

120.541.010 Straßen, Wege, Plätze – Verkehrsplanung/-konzepte

Seite des Haushaltentwurfes, Konto, Bezeichnung, ggf. investive Maßnahme	
Seite:	594 / 606
Konto: <small>z.B. 54310000</small>	5291 0000
Bezeichnung:	Straßenausbau / Sanierung
Maßnahme:	Überarbeitung Parkraumkonzept IHKO

Änderungsantrag
Die Maßnahme wird gestrichen

Veränderung (VE nur für investive Maßnahmen möglich)			
	Ansatz alt <small>z.B. 15.000 €</small>	Veränderung <small>z.B. + 5.000 €</small>	Ansatz neu <small>z.B. 20.000 €</small>
2024	25.000 €		0
<input type="checkbox"/>	Sperrvermerk (ggfs. ankreuzen)		
Freigabe durch: <input type="checkbox"/> Fachausschuss <input type="checkbox"/> HFWA <input type="checkbox"/> Rat			

Begründung

Auf die Stadt Meerbusch kommen erhebliche finanzielle Belastungen zu, die sich u.a. und insbesondere aus der zwingenden Notwendigkeit der Sanierung und Neubauten von Rettungswachen und Schulgebäuden ergeben.

Es wird von Seiten der Verwaltung wie von der Politik regelmäßig darauf hingewiesen, dass sich die Stadt Meerbusch bei ihren Ausgaben auf notwendige Bereiche, insbesondere Bildung, Klimaschutz, Rettungswesen konzentrieren sollte.

Die Maßnahmen nach dem Integrierten Handlungskonzept Osterath -IHKO- waren zum großen Teil umstritten und lösen insgesamt Investitionen im zweistelligen Millionenbereich aus. Der Hinweis, dass es sich um investive Maßnahmen handelt, löst nicht das Problem, dass sich im Laufe der Jahre neben der Tilgung große Zinsbelastungen ergeben, die zu konsumtiven Aufwendungen führen.

Die Stadt geht in ihren Annahmen von sinkenden Zinsbelastungen aus. Diese Annahme ist durch nichts begründet, im Gegenteil, aktuell dürfte von Zinsaufwendungen von ca. 5% ausgegangen werden. Selbst niedrigere Zinsen rechtfertigen diese fragwürdigen und nicht zwingenden Aufwendungen nicht.

Das können, sollten und dürfen wir uns in einer Zeit massiver Finanzprobleme nicht leisten. Die vom Land NRW zugesagten Fördermittel – ca. 4 Mio. € - mindern zwar den Aufwand, es bleiben aber städtische Investitionen im Millionenbereich. Hinzu kommt, dass diese Mittel vorfinanziert werden müssen und den städtischen Haushalt belasten.

Wer ernsthaft sparen will, muss diese Ausgaben infrage stellen. Wir halten es zudem für nicht gerechtfertigt, dass sich Gesamtaufwendungen in Höhe eines zweistelligen Millionenbetrags ausschließlich auf einen Stadtteil konzentrieren.

Diese Streichungen beantragen wir für das IHKO in weiteren Produktbereichen.